

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Redaktionssitz: Dresden.  
Bennnummer 25 241.  
Für die Nachgelehrte: 20011.

Bezugs-Gebühr  
Anzeigen-Preise.

in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Auflage über durch die Post  
bei täglich zweimaligem Bericht monatlich 14.—M., wochentlich 12.—M.  
Die einzige Zeitung mit breiter Zeile 4.—M. und Familienanzeigen, kleinste unter  
Stellen, u. Wohnungsmärkten, Tippaline 25.—M., Berichtszeit 25.—M., Berichtszeit 25.—M.,  
Zeitung, Illustrat. Ausdrucke geg. Botenabrechn. Einzelpreis 10.—M., Beobachtungszeit 40.—M.

Schreiber und Schreibmaschine:  
Merkenbach 3640.  
Druck u. Verlag von Ullrich & Richter in Dresden.  
Postleitzahl 1068 Dresden.

Wachdruck nur mit deutscher Ausdrucksgabe („Dresdner Stadt“) zu stellen. — Inserierte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Annahme verzinslicher Bareinlagen.  
An- und Verkauf von Wertpapieren.  
Hinterlegungstelle von Wertpapieren zwecks  
Einhaltung von Zins- und Gewinnantell-  
scheinen.

An- und Verkauf fremder Geldsorten.

## Dresdner Handelsbank

Aktiengesellschaft

Ostra-Allee 9, im „Haus der Kaufmannschaft“

Schlachthofring 7 • Wettinerstr. 56, Großmarkthalle • Eliasplatz 3 • Kaiserstr. 11 • Zweigniederlassung: Bautzen, Theatergasse 8

Scheckverkehr.  
Einziehung und Ankauf von Wechseln.  
Kreditverkehr gegen Wertpapiere und Waren.  
Vermietung von feuer- und einbruchssicheren  
Stahlräumen unter Verschluß des Mieters  
und Mitverschluß der Bank.

## Italiens Meinung über Deutschland.

### Die angebliche Obstruktion Deutschlands.

(Eigner Drähtbericht der „Dresden. Nachrichten“)

Rom, 8. März. Wie der Pariser Korrespondent des „Corriere d’Italia“ seinem Blatte drückt, will er aus Kreisen des italienischen Finanzministeriums über die augenblickliche Stimmung folgendes erschreiben haben:

Man ist der Meinung, daß die Minister die Erneuerung über die Gewährung und die Dauer des Moratoriums zwecks Abschaffung der Reparationskommission überlassen werden. Wer in den letzten Wochen Gelegenheit gehabt habe, mit den Deutschen zu verhandeln, der wisse, daß man im besten Vertragen auf ein Vertrütnis unter den Verbündeten bereits zu offenem Obertritt (!) übergegangen sei, die alle Verbündeten gleichmäßig schädige.

Italien habe beispielweise unter Loreto wiederholt versucht, ebenfalls mit Berlin ein Abkommen zu schließen, jedoch vergeblich. Hohe Ausfuhrabgaben hätten die deutsche Industrie abgeschlagen. Italien lieferte nun aus Reparationszwecken anzufließen. Deutschland habe im Jahre 1921 an Schmelzfabriken Rücksicht in Höhe von 215 Millionen gezahlt, während die Welt mit deren Produkten überreichlich verfügen sei, seuer 95 Millionen an Aluminiumfabriken und 15 Milliarden Rücksicht an die Staatsseifenbahnen geleistet. Unter solchen Umständen bleibe allerdings für die Reparationen nichts übrig. Der Geschäftsmann des italienischen Korrespondenten hält zunächst ein mindestens ein jähriges Moratorium für unabdinglich. Sodann müßten die deutschen Flüsse unter Kontrolle der Entwicklungskommission gestellt werden. Vor allem aber würden die Verbündeten selbst die fatale Verschwendungen des deutschen Volkes, namentlich durch die italienische Wirtschaft der Bevölkerung einsehen. Das ganze Problem sei mehr eine Frage des geflohenen Wehrverstandes und einer geordneten Verwaltung, als eine Frage der Politik.

So der Behauptung, daß Deutschland Italien hinreichlich des Abschlusses eines Abkommens nicht entgegenkommen sei, können wir aus quier Kenntnis der Vorgänge bemerken, daß das Schertern des Abkommens nicht auf deutsches Verhältnis zurückzuführen ist, sondern zum großen Teil auf die italienischen Bedingungen und vor allem auch auf die von den Verbündeten erhobenen Einwendungen, denen gegenüber Italien nicht die Entschlusskraft stand, keinen Standpunkt durchzulegen.

### Das Sachleistungsabkommen vor der Reparationskommission.

Paris, 3. März. Das in Berlin abgeschlossene neue Sachleistungsabkommen ist der Prüfung der Reparations-

Kommision unterbreitet worden, die mit allen Vollmachten ausgestattet ist, um es gegebenenfalls abzuändern.

### Schangers Bericht über seine Verhandlungen mit Poincaré.

(Eigner Drähtbericht der „Dresden. Nachrichten“)

Rom, 8. März. Der neue Minister des Außenamtes Schanger hat nach seiner Rückkehr nach Rom dem Ministerpräsidenten die Fazit über seine Verhandlungen mit Poincaré berichtet. Heute wird der Ministerrat austüscher gehabt habe, mit den Deutschen zu verhandeln, der wisse, daß man im besten Vertragen auf ein Vertrütnis unter den Verbündeten bereits zu offenem Obertritt (!) übergegangen sei, die alle Verbündeten gleichmäßig schädige.

Italien habe beispielweise unter Loreto wiederholt versucht, ebenfalls mit Berlin ein Abkommen zu schließen, jedoch vergeblich. Hohe Ausfuhrabgaben hätten die deutsche Industrie abgeschlagen. Italien lieferte nun aus Reparationszwecken anzufließen. Deutschland habe im Jahre 1921 an Schmelzfabriken Rücksicht in Höhe von 215 Millionen gezahlt, während die Welt mit deren Produkten überreichlich verfügen sei, seuer 95 Millionen an Aluminiumfabriken und 15 Milliarden Rücksicht an die Staatsseifenbahnen geleistet. Unter solchen Umständen bleibe allerdings für die Reparationen nichts übrig. Der Geschäftsmann des italienischen Korrespondenten hält zunächst ein mindestens ein jähriges Moratorium für unabdinglich. Sodann müßten die deutschen Flüsse unter Kontrolle der Entwicklungskommission gestellt werden. Vor allem aber würden die Verbündeten selbst die fatale Verschwendungen des deutschen Volkes, namentlich durch die italienische Wirtschaft der Bevölkerung einsehen. Das ganze Problem sei mehr eine Frage des geflohenen Wehrverstandes und einer geordneten Verwaltung, als eine Frage der Politik.

So der Behauptung, daß Deutschland Italien hinreichlich des Abschlusses eines Abkommens nicht entgegenkommen sei, können wir aus quier Kenntnis der Vorgänge bemerken, daß das Schertern des Abkommens nicht auf deutsches Verhältnis zurückzuführen ist, sondern zum großen Teil auf die italienischen Bedingungen und vor allem auch auf die von den Verbündeten erhobenen Einwendungen, denen gegenüber Italien nicht die Entschlusskraft stand, keinen Standpunkt durchzulegen.

### Das Sachleistungsabkommen vor der Reparationskommission.

Paris, 3. März. Das in Berlin abgeschlossene neue Sachleistungsabkommen ist der Prüfung der Reparations-

Kommision unterbreitet worden, die mit allen Vollmachten ausgestattet ist, um es gegebenenfalls abzuändern.

(Eigner Drähtbericht der „Dresden. Nachrichten“)

Roscan, 3. März. Der Volkswirtschaftsminister des Außenamtes Schanger hat dem italienischen und dem britischen Außenminister eine Protokollnote wegen der Verhandlung der Genuer Konferenz überreicht. Die Note weist darauf hin, daß die jetzt geschaffene Lage nur Vorsichtshaltung gegenüber den Beschlüssen internationaler Konferenzen hervorrufen könne. Die Sowjetregierung hofft, daß die Ereignisse bei der Festlegung des neuen Konferenzterminus in sich der vollen Verantwortung für ihre Beschlüsse bewußt sein werde.

### Die große internationale Unleihe.

Berlin, 2. März. In diplomatischen Auslandsstellen Berlins verlautet, der hauptsächliche Beratungspunkt der Konferenz von Genua werde die große internationale Unleihe sein, durch die es Deutschland ermöglicht werden könnte, den Kurs seiner Währung zu stabilisieren.

Berlin, 2. März. Wie die Tel.-Union aus parlamentarischen Kreisen erfährt, sollen die Kompromissverhandlungen über die einzelnen Steuern wesentlich fortgeschiessen sein. Auf allen Seiten besteht natürlich der Wille zur Einigung, um zu einem Abschluß zu gelangen. Bis her seien endgültig erledigt die Zuck-, Kohlen-, Braunkohlesteuer, das Mennwetgesetz und die Biersteuer.

### Die politische Krise in England.

London, 8. März. In politischen Kreisen herrsche den ganzen Tag rege Tätigkeit. Zwischen den einflussreichen Mitgliedern der verschiedenen Gruppen fanden wichtige Verhandlungen statt, doch ist der Kurs der Lage in seiner Weise gemindert. Edward George erhielt kurze Zeit im Unterhaus. Von zuständiger Stelle wird erklärt, daß die unionistischen Minister sowohl vom internationalen wie vom nationalen Standpunkt aus die Aufrechterhaltung der Koalition für unabdinglich hielten. Balfour wird in einer Rede, die er am Dienstag in der City-Hall halten will, nachdrücklich für diese Ansicht eintreten. Doch wurde bis jetzt noch kein Mittel angegeben, wie man den weitgehenden Meinungsunterschied zwischen den unionistischen Ministern und einem großen Teil ihrer Anhänger überbrücken könnte. (W.T.B.)

### Die französische Schadenfreude.

(Eigner Drähtbericht der „Dresden. Nachrichten“)

Paris, 8. März. Im Vordergrunde des Interesses steht immer noch die kritische Lage der englischen Regierung. Der „Temps“ benutzt die Gelegenheit, um Edward George ein langes Sündenregister vorzuhalten. Im allgemeinen macht sich in französischen Kreisen überhaupt eine gewisse Schadenfreude darüber bemerkbar, daß Edward George, der in gewissen Kreisen als Selbstherrlicher des gesamten britischen Reiches hingestellt wird, nun doch derartige Schwierigkeiten findet. Der „Temps“ gibt seinem Zeitartikel die Überschrift „Die Politik der Trennung“ und meint zum Schlus, die beiden Länder wären durch soviel Lebensinteressen verbunden, daß die von Edward George besetzte Politik ganz zweifellos von vornherein verzerrt gewesen sei.

## Die Stabilisierung der österreichischen Krone.

(Von unserem Wiener Mitarbeiter)

Wien, 1. März.

In den letzten Tagen in die österreichische Wirtschaft tritt an einem Entscheidungspunkt angelangt. Die Auslandsschulden liegen vor der Tür, mit ihnen auch die ausländische Finanzkontrolle. Man spricht von einer Stabilisierung der Währung, von einem Ausdruck in der Preisbildung, ja sogar von einem Lohnabbau. Alle jene Schwierigkeiten, an denen, allerdings in viel höherem Ausmaß, die valutottarischen Länder leiden, beginnen sich nun auch in Österreich fühlbar zu machen, ohne daß dabei, wenigstens vorläufig, die Preise zurückgehen. Die Lebenshaltung im Februar weist nun um 20 Prozent teurer als die im Januar. Die Interessengegensätze zwischen Unternehmen und Arbeitern verschärfen sich, die Exportmöglichkeit schwächt, aber die Gewerkschaften rüsten zur drohenden Abwehr aller Maßnahmen, die ein Abbrodelt des Reallohnes nach sich ziehen könnten. Dazu kommt noch der gänzliche Abbau der staatlichen Lebensmittelzuläufe und die katastrophale Krise des Händlerverfalls infolge Unzulänglichkeit der Mietzinie.

Alles aber wird beherrscht durch den Streit um die Stabilisierung der österreichischen Krone. Soll man einen höheren oder einen niedrigeren Kurs wählen. Während von mancher Seite dafür eingetreten wird, daß der Stand der Krone zunächst etwas gehoben und erst dann stabilisiert werden soll, sagen andere Kreise wieder, daß ungelöst der heutige Kronenfonds die Stabilisierungsrundlage zu bilden hätte. Am energischsten und radikalsten verfechten diese Anhänger die Sozialdemokraten, die Arbeitnehmer. Sie tun es deshalb, weil jede Besserung des Kronenfonds eine Erhöhung der Exportmöglichkeiten, eine Erfährtung des inneren Arbeitsmarktes für die heimische Industrie, dadurch Betriebs einschränkungen, Arbeiterschlafungen und alle Krisen der Arbeitslosigkeit heranführen läßt. Die Anhänger der Sozialdemokraten, die Arbeitnehmer, die sie sind, für diesen für die Arbeiterschaft gewiß verhängnisvollen Folgen drängt die Verunsicherung aller jener Momente zurück, die einen Aufstieg des Kronenfondes auch der Arbeiterschaft wünschen möchten. Schließlich würden nicht nur die Rentner und Hausbesitzer, die Beamten mit ihren Bezügen, die Angehörigen der freien Berufe, der ganze Mittelstand, sondern auch die Arbeiter aus der mit einer Besserung des Kronenwährung (Deflation, das Gegenteil von Inflation) verbundenen Verbildigung der Lebensmittel und Bedarfsartikel Nutzen ziehen. Schließlich würde auch die Festigung eines Reihes von finanziellen und wirtschaftlichen Rückwirkungen auslösen, die für die gesamte ökonomische Lage von günstigen Einflüssen begleitet wären und an denen auch die Arbeiterschaft ihren Anteil hätte. Eine Besserung des Kronenfonds fände in vielfacher Hinsicht den Staatsbudget zufließen, vor allem einer Reihe von Staatsbetrieben, wie den Staatsbahnen und dem Tabakmonopol.

eine Besserung des Kronenfonds würde vielen Industrien und auf denen auch die Arbeiterschaft ihren Anteil hätte. Eine Besserung des Kronenfonds fände in vielfacher Hinsicht den Staatsbudget zufließen, vor allem einer Reihe von Staatsbetrieben, wie den Staatsbahnen und dem Tabakmonopol. eine Besserung des Kronenfonds würde vielen Industrien und auf denen auch die Arbeiterschaft ihren Anteil hätte. Eine Besserung des Kronenfonds fände in vielfacher Hinsicht den Staatsbudget zufließen, vor allem einer Reihe von Staatsbetrieben, wie den Staatsbahnen und dem Tabakmonopol.

Auch die Industrie sieht einer Besserung des Kronenfonds nicht ohne Bangen entgegen und sie weiß, daß sie eine Stabilisierung der Krone auf einem höheren Stande als sie ihn heute verzeichnet, schwere Erschütterungen nach sich ziehen müßte. Dennoch ist ihre Stellung zur Stabilisierungsfrage keine so eindeutige, scharf ausgeprägte, wie jene der Arbeiterschaft. In der Frage des Lohnabbaus aber stehen sich Unternehmen und Arbeiterschaft scharf gegenüber. Trotzdem dem Hauptverbande der österreichischen Industrie und den Wiener Arbeiterverbänden sind ernste Gegenvölker aufgetreten. Die Unternehmer erklären, sie seien durch den Zusammenbruch des österreichischen Exportes außerstande, auch für den Monat März die gleitende Zulage in vollem Umfang durchzuführen und schon neuerlich erhöhte Röhne zu zahlen. Die Arbeiter aber weisen auf den Kollektivvertrag hin und betonen die unabdingliche Notwendigkeit einer weiteren Lohnherabholung, da, wie die Indexziffern beweisen, die Teuerung noch immer steigt. Die Verhandlungen sind ergebnislos geblieben. Diese Wirtschaftskrise aber spielt bereits stark ins politische Fahrwasser hinaüber.

### Deutschböhmens Tag.

Unsre Landsleute im tschechoslowakischen Staate haben fortgelebt schwere Zeiten durchzumachen. Sie müssen mit dem Aufwand aller Energie für die Errichtung ihrer nationalen Eigenart gegenüber den rücksichtslosen Tschechisierungsbefreiungen kämpfen und halten ihre Blicke darum auf das Reich gerichtet, aus dem Trost und Ermutigung zu hören ihnen seelische Erleichterung und Ermutigung zum Ausklingen bedeuten. So mag es ihnen auch heute zu einer Milderung ihrer Bedürfnisse dienen, daß wir im Felde des 4. März gedenken, jenseits Tages, an dem 1919 so viel deutsches Blut in der alten Stadt Kaditz und in so vielen anderen Orten Deutschböhmens flößt. Die ganze Stadt, Meiningen, die Gegend hatte sich an diesem Tage in Kaditz auf dem Marktplatz versammelt, um lautem Einspruch zu erheben gegen die Belagerung Deutschböhmens durch tschechoslowakische Regionäre. Nicht nur in Kaditz, in allen anderen deutschen Städten der Tschecho-Slowakei drängten sich zur gleichen Stunde die Menschen. Dabei geschah etwas wahnsinnig Neuerliches. Tschechische Soldaten, die noch immer mit den Polnischen der Entente auf den Hügeln umherliefen, hatten

### Das Steuerkompromiß vor dem Reichskabinett.

Berlin, 8. März. Das Reichskabinett trifft heute nachmittag zusammen. Auf der Tagesordnung stehen das Sachleistungsabkommen und das Steuerkompromiß.

Berlin, 8. März. Das Sachleistungsabkommen und das Steuerkompromiß.